



Berlin, 18. Februar 2011

Soziale Stadt: Berlin schließt Finanzlücke. Scharfe Kritik an Spandauer CDU.

Die drastischen Kürzungen der Bundesregierung im Programm „Soziale Stadt“ werden in Berlin zu 100% durch das Land ausgeglichen. Das hat der Senat auf Initiative der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen, berichtet der Spandauer SPD-Abgeordnete Daniel Buchholz.

Buchholz: „CDU und FDP haben im Bundeshaushalt das Programm der Sozialen Stadt drastisch zusammen gestrichen. Für Berlin blieben statt bisher 4,8 nur 1,4 Millionen Euro in 2011 übrig. Diesem sozialen Kahlschlag konnten wir nicht tatenlos zusehen und haben trotz angespannter Kassen gehandelt. Berlin wird die Kürzungen des Bundes vollständig durch eigene Mittel kompensieren. Damit können viele wichtige soziale Projekte in Berlin fortgesetzt werden, insbesondere in den 34 Gebieten mit Quartiersmanagement und den erst vor kurzem eingerichteten ‚Aktionsräumen Plus‘. Allein Spandau wäre mit 4 QM-Gebieten und dem Aktionsraum ‚Spandau-Mitte‘ extrem von den Kürzungen betroffen gewesen. Wir lassen die Kieze nicht im Stich und gleichen die drastischen Kürzungen der Bundesregierung vollständig aus.“

Der Spandauer Bundestagsabgeordnete **Swen Schulz** begrüßt den Beschluss: „Was CDU und FDP im Bundestag gemacht haben war einfach kalt und verantwortungslos. Und ich bin nachgerade fassungslos, dass die Berliner Bundestagsabgeordneten bei diesem Akt der sozialen Kälte mitgemacht haben, auch der Vorsitzende der CDU Spandau Kai Wegner. Die Spandauer CDU übt seit Monaten Kritik an der Jugendpolitik im Bezirk. Doch wer vorher im Bundestag die Mittel für die Soziale Stadt und damit für Jugend und Soziales gestrichen hat, dadurch das Land Berlin faktisch gezwungen hat Nothilfe zu üben und mehr Geld auszugeben, der hat das Recht verwirkt, sich hier als Hüter der Jugend aufzuspielen!“

Buchholz ergänzt: „Auch die CDU-Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses haben sich vollständig von der Sozialen Stadt und dem Quartiersmanagement verabschiedet. Es ist unglaublich, aber die CDU hat im Hauptausschuss des Berliner Parlaments gegen den Ausgleich aus Landesmitteln gestimmt. Auch der CDU-Haushälter Matthias Brauner hat dies nicht verhindert, obwohl er als Spandauer Abgeordneter eigentlich die dramatische Situation in vielen Spandauer Kiezen kennen müsste. Offenbar war ihm das egal. Er und seine CDU-Kollegen haben jedes Recht verwirkt, jemals wieder Geld vom Senat für soziale Projekte zu verlangen. Schließlich haben sie hier ausdrücklich gegen das Quartiersmanagement und gegen den sozialen Frieden in unserer Stadt gestimmt.“